

Für ein gemeinsames Europa

Argumente aus der Sicht des ‚Globalen Keynesianismus‘

In diesem Artikel soll gezeigt werden, dass die Erweiterung der Europäischen Union nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie auch zu einer baldigen Erweiterung der europäischen Währungsunion führt. Ohne diese doppelte Erweiterung wäre der angestrebte Export von Stabilität nur eine Illusion; wir hätten in Europa eine Zwei-Klassen-Gesellschaft: jene der €-Zone in der EU und jene außerhalb der €-Zone. Dass Großbritannien, Dänemark und Schweden noch nicht Mitglieder der €-Zone sind, tut diesem Argument nicht Abbruch: sind doch diese 3 Staaten allein schon historisch gesehen Teile des Zentrums der Weltökonomie, das seit jeher weit robuster gegenüber weltwirtschaftlichen Schocks war als die Peripherie und die Semi-Peripherie.

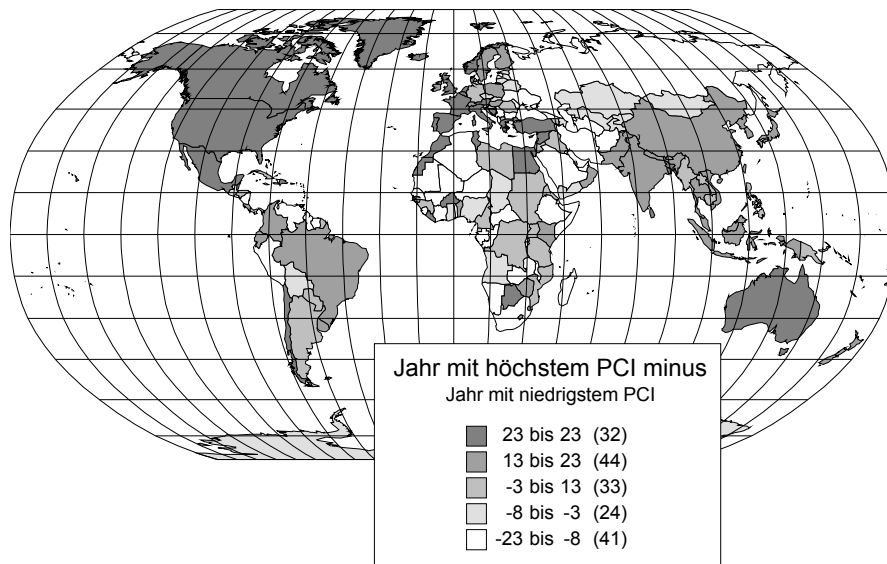
Für die Perspektive des ‚Globalen Keynesianismus‘ sind nun bei der Betrachtung der Frage, ob die Erweiterung der EU zu einer baldigen Erweiterung der €-Zone führen sollte, vor allem folgende Elemente maßgeblich:

1) spätestens seit Abgehen der USA von der **Gold-Bindung des \$** unter Nixon ist die Weltwirtschaft gar nicht mehr mit ‚Währungsmärkten‘ konfrontiert, sondern mit **Machtkartellen**. Die **€-Zone, die \$ - Zone und die Yen Zone sind Inseln der Stabilität in der Weltökonomie**, eine Perspektive, die übrigens auch durch den Wirtschaftsnobelpreisträger, 1999, Robert **Mundell**, der nicht nur der ‚Vater‘ der Reagan’schen Wirtschaftspolitik (hier betonte er die wachstumsfördernden Konsequenzen von Steuersenkungen) in den 80-er Jahren war, sondern in vieler Hinsicht auch der geistige Schöpfer des € genannt werden muss, zugesteht. Mundell geht heute sogar so weit, dass er die Einführung eines **globalen Geldes – den INTOR** – fordert. Hierbei sollte ein System fixer Wechselkurse zwischen €, \$, und Yen den Ausgangspunkt des globalen Geldes bilden

2) **ohne eine Integration in die gemeinsamen großen Währungsblöcke steigt die Gefahr von Wachstumseinbrüchen in der Weltökonomie** – dies ist auch aus der Landkarte ersichtlich, die für die Staaten der Erde die Differenz des Jahres mit dem geringsten **realen** Prokopfeinkommen (PCI) seit 1975 und des Jahres mit dem höchsten **realen** Prokopfeinkommen (PCI) von 1975 bis 1998 aufzeigt. Zahlreiche Staaten der Welt, so die Perspektive des globalen Keynesianismus, seien im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts beim Entwicklungsmarathon nicht nur gestolpert, sondern sogar in die falsche Richtung gelaufen – sie waren in ihrer Entwicklungsgeschichte real noch nie so arm wie in den 90-er Jahren. Die Staaten, die ‚falsch gelaufen‘, sind, also real seit 1975 verarmten, sind in unserer **Landkarte hell** gekennzeichnet. Die **dunklen Flächen der stabilen Staaten** tendieren dazu, entweder Mitglieder der großen sich herausbildenden **Währungsblöcke** zu sein, oder sie betreiben ihre globale oder regionale **Großmachtpolitik**:

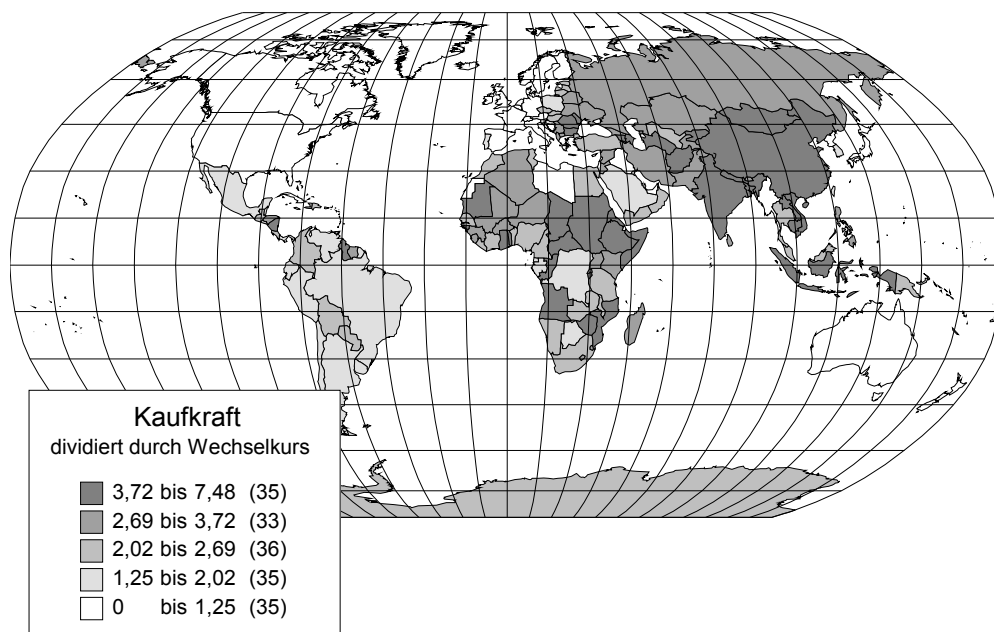
Quelle: eigene Berechnungen aus UNDP: <http://www.undp.org/hdr2002/indicator/> und frühere Ausgaben unter: <http://hdr.undp.org/reports/global/2000/en/default.cfm> sowie http://hdr.undp.org/reports/global/2000/en/pdf/hdr_2000_back2.pdf

Entwicklungsstabilität



3) die **Machtstrukturen der Weltökonomie bestrafen die Peripherien und Semiperipherien**: die Währungen der Zentren sind stark, die Währungen der Peripherien und Semiperipherien sind schwach, mit dem Resultat, dass sich die Zentren die Früchte der Arbeit der Peripherien und Semiperipherien aneignen:

Ungleicher Austausch



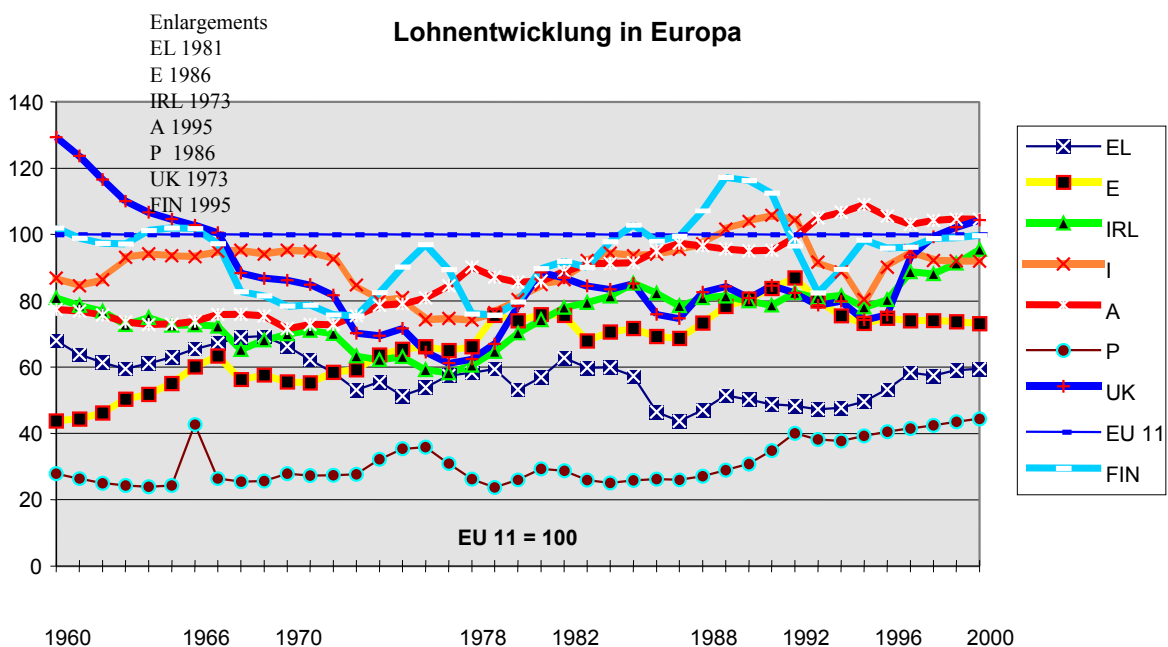
4) in den **Nutznießerstaaten des ungleichen Austausches** greift eine **Rentier-Mentalität** um sich (**Rassismus, Xenophobie, Erweiterungs-Phobie**), die genau die Privilegien aus dem ungleichen Austausch verteidigen will

Die Lösung für Europa ist daher, nicht nur der EU-Erweiterung gegenüber positiv eingestellt zu sein, sondern grundsätzlich auch die baldige Erweiterung der €-Zone zu fördern.

Das Wohlstandsgefälle in und um Europa

Es gibt zunächst immer wieder Aussagen, wonach eine Erweiterung der EU oder die Gewährleistung der Migrationsfreiheit oder die Erweiterung der europäischen Währungsunion nur dann sinnvoll sei, wenn die Beitrittskandidaten 80 % des Einkommens- oder Lohnniveaus der EU erreicht hätten.

Die **Europäische Kommission GD II** geht in ihrer Datenserie (AMECO GD II 5/10/1999) von folgenden Relationen der **nominellen Entlohnung pro abhängig Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft** in Europa (EU 11 = EU 15 minus DK, GR, S, GB) aus:



Quelle: eigene Berechnungen und Zusammenstellungen aus AMECO GD II, 5/10/1999, *Wage Developments, Statistical Dataset GD II*

Österreich erreichte erste in den späteren 70-er Jahren 80 % des EU-Durchschnitts.

Wie immer Forderungen nach einem 80 % - Kriterium bewertet werden, gibt es bis heute keine einheitliche, international anerkannte Vergleichszahl der sozialen Entwicklung eines Landes, die mit den Indikatoren der Ökonomen – zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf oder das Lohnniveau - vergleichbar wäre.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als Ersatzzahl für die Sozialpolitik ist aber ungenügend, es trifft keine Aussagen über das Niveau der sozialen Sicherheit, über die Erfolge der Gleichstellungspolitik, über den sozialen Zusammenhalt, über die Situation der Jugend, der Familien und der älteren Menschen, sowie über die Gesundheit der Bevölkerung.

Nimmt man das BIP pro Kopf zur Grundlage, wäre die Erweiterung der Union ein hoffnungsloses Rennen gegen die Armut; während schon die Kaufkraftunterschiede der Beitrittskandidaten von heute zur EU-15 weit geringer sind als die Unterschiede, bewertet nach dem BIP pro Kopf.

Innerhalb einer Dekade nach Vollbeitritt hat der europäische Mittelmeerraum und die Republik Irland, obwohl damals ein ähnliches Gefälle zum Kern der damaligen EU bestand wie zwischen dem Osten Europas und der heutigen EU-15, an den früheren Kern der EU aufgeschlossen, und sich sogar für den Euro qualifiziert.

Der Aufholprozess Irlands unter der Voraussetzung einer positiven Weltkonjunktur, massiver Investitionen des Staates in den Bereich des Humanvermögens sowie eines beträchtlichen

Zustroms ausländischen Kapitals bedeutete sogar, dass das nach dem BIP pro Kopf damals hoffnungslos abgeschlagene Irland innerhalb der letzten Dekade den Durchschnitt der EU wirtschaftlich überholte.

Rein ökonomische Messkriterien reichen heute einfach nicht mehr aus, um den sozialen und gesundheitspolitischen Abstand zwischen der EU und den Beitrittskandidaten-Staaten in Ostmitteleuropa korrekt wiederzugeben.

Klassifikationen, bei denen heute die Nachbarländer Österreichs auf einem Niveau von lateinamerikanischen und mittelöstlichen Entwicklungsländern aufscheinen, sind also selbst ökonomisch gesehen einfach nicht realistisch.

Die Wechselkurse auf dem Weltmarkt sind äußerst instabil, der jährliche Umsatz der Währungsspekulationen macht wie erwähnt heute das 18,6 fache des weltweiten Bruttosozialprodukts aus, und auch der Euro-Raum als Ganzes litt bis vor kurzem an einem erheblichen Absacken des Außenwertes seiner Währung, obwohl die interne Kaufkraft in Europa auch in den letzten Jahren zunahm. Zwischen Oktober 1999 und Oktober 2000 - Zeiten des Höhenflugs des US-\$, - verlor der österreichische Schilling nicht weniger als 25 % seines Außenwertes gegenüber dem US \$. Niemand wird aber behaupten können, dass sich von Oktober 1999 bis Oktober 2000 die Sozialpolitik und Gesundheitspolitik Österreichs um 25 % verschlechterte.

So absurd die Basis derartiger Vergleiche also sein mag, bestimmen sie weiterhin die Bewertung des Fortschritts der mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittskandidatenstaaten.

Die Resultate derartiger, heute unhaltbar gewordener Vergleiche sind der Tendenz nach bekannt. Die Beitrittskandidaten liegen da hoffnungslos abgeschlagen; selbst die EU-Mitgliedsstaaten Griechenland (67 % des EU-Durchschnitts) und Portugal (76 % des EU-Durchschnitts) liegen noch immer vom Rest Europas entfernt.

Unsere Hauptthese ist nun, dass mit der Integration der osteuropäischen Beitrittskandidaten (MOEL-BK) in den Euro-Raum sich die Homogenität Europas weiter verbessern wird, weil das Auf und Ab der Wechselkurse des Ostens aufhört.

Mit dem Bruttosozialprodukt pro Kopf zu gängigen US-Dollar Wechselkursen würden die östlichen europäischen Nachbarstaaten Österreichs auf einem Niveau liegen, das dem Uruguays, Chiles, Mexikos, Brasiliens, des Libanon oder Venezuelas entspricht. Trinidad und Tobago in der Karibik lägen nach dieser Logik besser als Ungarn.

Realistischere Bewertungen des Fortschritts der Beitrittskandidaten, die den historischen und sozialen Gegebenheiten weit besser entsprechen, setzen hingegen bei den sozialpolitischen und gesundheitspolitischen Gegebenheiten oder wenigstens bei der realen Kaufkraft der Bevölkerung an.

In sozialpolitischer und gesundheitspolitischer Hinsicht haben - je nach Messkriterien und angewandter statistischer Methode - die EU-Beitrittskandidaten in Wirklichkeit bereits 80 % des EU-Durchschnitts erreicht. Die Zusammenfassung meiner Berechnungen an Hand jüngst publizierter Daten der EU-Kommission und der Vereinten Nationen ergibt folgende Vergleichszahlen:

Vergleich EU-15 - Beitrittskandidaten: 35 mathematisch gewichtete soziale und gesundheitspolitische Indikatoren.

EU	100,0
Tschechische Republik	91,6
Polen	90,2
Slowakei	90,0
Ungarn	88,9
Slowenien	88,1
Litauen	85,4
Bulgarien	84,4
Estland	84,0
Lettland	81,2
Rumänien	77,1

An Hand der Abwägung der statistischen, sozialen und gesundheitspolitischen Gegebenheiten und der statistischen Bewertung der hier herangezogenen, verschiedenen sozialpolitischen und gesundheitspolitischen Indikatoren vertritt diese Analyse die Einschätzung, dass alle mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittskandidatenstaaten (bis auf Ausnahme Rumäniens) bereits 80 % des sozialen und gesundheitlichen Niveaus der Europäischen Union erreichen.

Jeder Erweiterungsprozess der EU hat bislang die Dynamik der Wirtschaftsentwicklung in die neuen Regionen der Union verlagert. Wiederholen die Kandidatenstaaten die seinerzeitige, erfolgreiche Kaufkraft-Konvergenz der mediterranen Staaten und Irlands nach ihrem EU-Vollbeitritt, kann man erwarten, dass die heutigen Kandidaten innerhalb einer Dekade auch ökonomisch an das europäische Niveau anschließen.

Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei "spielen" bereits in der gleichen sozialpolitischen und gesundheitspolitischen "Liga" Europas wie z. B. Italien und Portugal.

Nähere Details des statistischen Vergleichs

	45 soziale, gesundheitspolitische und wirtschaftliche Indikatoren (gleichwertige Gewichtung aller 45 Indikatoren) (1999) ¹	35 soziale und gesundheitliche Indikatoren (Gewichtung mit Faktorenanalyse) (1999)	Ranking nach dem Humanentwicklungsindex (Realeinkommen, Bildung, Lebenserwartung) (1999)	Ranking nach dem Prokopfeinkommen in realer Kaufkraft (1998)
EU	100,0	100,0	100,0	100,0
Tschechische Republik	96,8	91,6	93,3	60,3
Polen	91,8	90,2	89,9	36,1
Slowakei	107,2	90,0	91,2	48,6
Ungarn	90,2	88,9	90,2	49,0
Slowenien	93,1	88,1	95,1	68,8
Litauen	87,4	85,4	87,0	31,0
Bulgarien	82,0	84,4	85,3	22,3
Estland	78,1	84,0	88,5	37,2

¹ i.e. der gute alte 'Durchschnitt', die EU ist jeweils 100.

Lettland	92,3	81,2	85,4	31,0
Rumänien	82,9	77,1	85,1	28,2

Eine einfache Modellrechnung belegt sogar, dass - wenn die Beitrittskandidaten nach Beitritt so erfolgreich wie Spanien sind - in einer Dekade bezüglich der realen Kaufkraft weit besser aufschließen werden, als bisher angenommen wurde.

Durch die Schwankungen der Währungen auf den Weltmärkten sind die Nachbarländer Österreichs scheinbar hoffnungslos abgeschlagen. Das ungarische Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug im Jahr 2000 nur 4510 \$; während die Kaufkraft pro Kopf bereits 12.230 \$ betrug. Damit liegt die reale Kaufkraft in Ungarn um das 2,7-fache des Wertes des BIP pro Kopf.

Misst man den Wohlstand Ungarns mit dem BIP pro Kopf (oder mit den Löhnen, die derzeit 335 \$ pro Monat betragen) resultiert daraus ein Wohlstandsgefälle zu Westeuropa, das dem zwischen Brasilien oder Mexiko und den Industrienationen entspricht.

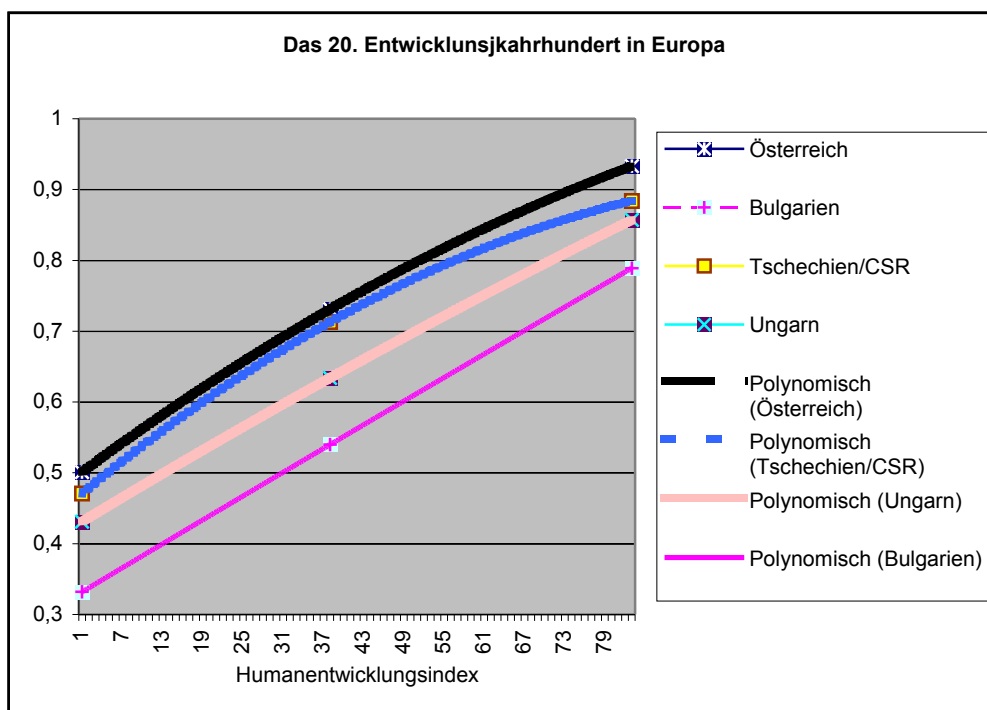
Nach im Jahr 2001 veröffentlichten, vergleichbaren Daten der europäischen Kommission lag das ungarische BIP pro Kopf 1998 bei nur 20,4 % des damaligen EU-Durchschnitts, während die reale Kaufkraft der Ungarn bereits 49,0 % des EU-Durchschnitts betrug.

Ein Vergleich der Wohlstandsgefälle in Europa von 1988 bis heute gibt hingegen Anlass zu einigem Optimismus²:

² Dieser Optimismus wird letztlich auch von der österreichischen Bevölkerung reflektiert. Die Österreicher beurteilen die Erweiterung der Europäischen Union heute, einer Meldung des ORF vom 6. August 2002 zu Folge, positiver als vor einem Jahr. Die Ablehnung einer EU-Mitgliedschaft der Nachbarstaaten und Polens stellt laut einer aktuellen Meinungsumfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) eine Minderheitenposition dar. Die größte Zustimmung zeigen die Österreicher unverändert für eine EU-Mitgliedschaft Ungarns. 61 Prozent befürworten sie, nur 16 Prozent lehnen sie dezidiert ab. Einen ähnlich hohen Wert der Zustimmung kann Slowenien für sich in Österreich verbuchen. 55 Prozent der Befragten begrüßen eine EU-Mitgliedschaft des südlichen Nachbarlandes, 23 Prozent lehnen sie ab. Im Vergleich zum Jahr 1997 bedeutet dies einen Zuwachs von zwölf Prozentpunkten, der stärkste unter den benachbarten Kandidatenstaaten. Geringer fällt die Zustimmung zu einer EU-Mitgliedschaft der Slowakei (42 Prozent), Tschechiens und Polens (beide 41 Prozent) aus. Einen Beitritt Tschechiens lehnen derzeit 40 Prozent ab, bei Polen äußerten sich 36 Prozent der Befragten ablehnend. 35 Prozent stellten sich negativ zu einem slowakischen EU-Beitritt. Die Vorstellung einer Volksabstimmung in Österreich über die EU-Mitgliedschaft der Nachbarstaaten wird von einer Mehrheit von 66 Prozent abgelehnt, 31 Prozent befürworten eine solche Idee. Die Telefonumfrage wurde im Juni und Juli 2002 in Zusammenarbeit der ÖGfE und der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) durchgeführt. Befragt wurden insgesamt 1.106 Personen ab 16 Jahren.

	<i>Tschechien</i>	<i>Slowakei</i>	<i>Ungarn</i>	<i>Slowenien</i>	<i>Polen</i>
Wohlstandsgefälle 1998 zur EU-15	<u>60,3</u>	<u>48,6</u>	<u>49</u>	<u>68,8</u>	<u>36,1</u>
	Griechenland	Spanien	Irland	Portugal	
Wohlstandsgefälle 1988 zur EU-15	58,3	72,5	63,8	59,2	
Wohlstandsgefälle 1998 zur EU-15	<u>67,3</u>	<u>83,1</u>	<u>118,9</u>	<u>75,3</u>	
Aufholen innerhalb von 10 Jahren in % zum EU-Schnitt	9 %	10,6 %	55,1 %	16,1 %	
	Tschechien	Slowakei	Ungarn	Slowenien	Polen
Sind die mittel/osteuropäisch en Kandidaten so erfolgreich wie Spanien erfolgreich war, resultiert im Jahr 2011 ein Entwicklungsniveau von % des EU- Durchschnitts	<u>70,9</u>	<u>59,2</u>	<u>59,6</u>	<u>79,4</u>	<u>46,7</u>

Allein schon die historischen Traditionen des geografischen Raumes Mitteleuropa legen nahe, dass zumindest bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges der soziale Abstand zwischen den einzelnen Staaten der Region nicht zu groß war. Nicholas Crafts hat im Auftrag des IMF die historischen Konvergenzprozesse nachgerechnet und ist zu folgenden verblüffenden Ergebnissen für Zentraleuropa gekommen:



Legende: Humanentwicklungsindex (linke Skala, y-Achse) ab 1900 in Europa. 1 = 1901; usw.; 79 = 1979.

Der **Zeitabstand** der Entwicklung beträgt zwischen Ungarn und Österreich zwar mehr als eine Dekade, der zwischen Bulgarien und Österreich mehrere Dekaden; aber der zeitliche Abstand ist in etwa konstant geblieben. Wertet man Österreichs Humanentwicklung zweitens mit jeweils 100, ergibt sich folgender historischer Zeitvergleich, der aufzeigt, dass die Differenz im Entwicklungsniveau (Österreich = 100) schon viel kleiner geworden ist, sieht man vom Rückschritt Tschechiens einmal ab:

	Österreich	Bulgarien	Tschechien/CSR	Ungarn
1913	100	66,3	94	86
1950	100	73,9	97,5	86,7
1995	100	84,6	94,7	91,9

An Hand des Datensatzes der Vereinten Nationen (Human Development Report, 2000 und 2001) ist nun eine den sozialen Realitäten besser entsprechende Aussage über den Reifegrad der Kandidatenstaaten möglich. Sämtliche Messgrößen beziehen sich auf 1998 (falls nicht anders vermerkt ist). Die Bewertung kombinierte folgenden Kriterien:

1. Anteil der Frauen an den administrativen und Manager-Spitzenpositionen
2. Anteil der Frauen an den professionellen und technischen Beschäftigten
3. Anteil der öffentlichen Gesundheitsausgaben am BNP
4. Ärztedichte
5. BNP pro Kopf
6. Durchschnittliche Lebenserwartung
7. Frauenanteil an den Ministerposten
8. Frauenanteil an den Parlamentssitzen eines Landes
9. Frauenanteil an den Regierungsposten (Staatssekretariate, Unterstaatssekretariate, Sektionsleitungen)
10. Frauenanteil an den Studierenden der dritten Bildungsebene
11. Frauen-Machtbeteiligungsindex (kombiniert % der Parlamentssitze für weibliche Abgeordnete, Anteil der Frauen an der Berufsgruppe der Manager und Administratoren, Anteil der Frauen an der Berufsgruppe der professionellen und technischen Bediensteten, und Realeinkommen der Frauen)
12. Geringer Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung 1998
13. Geringer Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung 2015

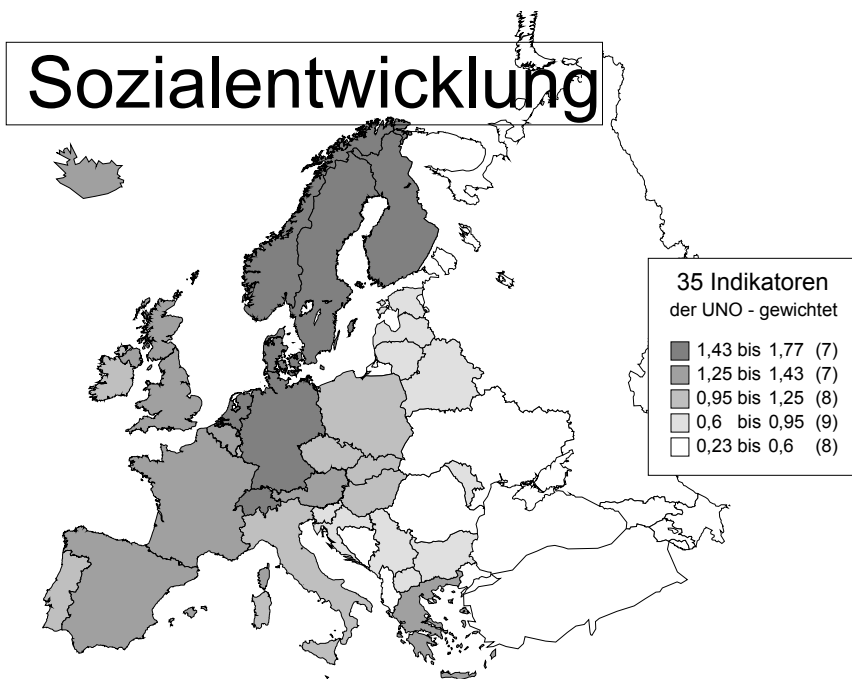
14. *Humanentwicklungsindex des UNDP (kombiniert Realeinkommen, Bildung, Lebenserwartung)*
15. Internet-Dichte
16. *Männliche Lebenserwartung*
17. *Männliche Lesekundigkeit*
18. *Nahrungsmittelimporte als %-Satz des gesamten Güterimports*
19. Niedriger Anteil der Ausgaben für den Lebensmittelkonsum am gesamten Haushaltsbudget
20. *Öffentliche Erziehungsausgaben per BNP*
21. Produziertes BIP pro kg Energiekonsum
22. *Verbreitung der Benutzung künstlicher Verhütungsmittel*
23. *Vermeidung einer hohen Müttersterblichkeitsquote*
24. *Vermeidung einer hohen Rate von Personen, die rauchen*
25. *Vermeidung einer hohen Rate von TB-Erkrankungen*
26. *Vermeidung eines hohen Prozentsatzes an Kindern, die bei der Geburt an Untergewicht leiden*
27. Vermeidung hoher männlicher Selbstmordraten
28. Vermeidung hoher Mordraten
29. Vermeidung hoher weiblicher Selbstmordraten
30. *Vermeidung einer hohen Kindersterblichkeitsquote*
31. *Vermeidung einer hohen Konzentration des Volkseinkommens bei den reichsten 20 % der Bevölkerung*
32. *Vermeidung einer hohen Quote von CO₂-Ausstoß pro Kopf der Bevölkerung*
33. *Vermeidung einer hohen Rate von teen-age-Schwangerschaften*
34. *Vermeidung eines hohen Prozentsatzes der Menschen eines Landes, die vor dem 60. Geburtstag sterben*
35. Vermeidung hoher Scheidungsraten
36. Vermeidung männlicher Jugendarbeitslosigkeit
37. Vermeidung von Beschäftigungsverhältnissen, in denen Frauen unbezahlte Familienarbeitskräfte sind
38. Vermeidung von Jugend hinter Gittern (gemessen mit dem Anteil der Jugendlichen an allen verurteilten Straftätern)
39. Vermeidung von Vergewaltigungen
40. Vermeidung weiblicher Arbeitslosigkeit
41. Vermeidung weiblicher Jugendarbeitslosigkeit
42. *Weibliche Erwerbsquote*
43. *Weibliche Erwerbsquote als % der männlichen Erwerbsquote*
44. *Weibliche Lebenserwartung*
45. *Weibliche Lesekundigkeit*

Unter der Voraussetzung einer 1:1 Gewichtung dieser Größen bei der Durchschnittsberechnung liegt die Slowakei schon heute über dem EU-Durchschnitt, und lediglich Estland erreicht erst 80 % des Niveaus der EU von heute.

Eine realistischere sozialpolitische und gesundheitspolitische Karte Europas

Für den Vergleich des Reifegrades der Beitrittskandidatenstaaten wurde aus methodischen Gründen auch eine Faktorenanalyse mit 35, rein sozialpolitischen Vergleichsgrößen – ohne Prokopfeinkommen - berechnet. Sie ist ein bekanntes Modell der mathematischen Statistik und vermag Kriterien auf eine einzelne Dimension zu bündeln und ist methodisch der ungewichteten Durchschnittsbildung vorzuziehen.

Das Endresultat des Vergleichs mit den in der obigen Variablenliste abgedruckten Messgrößen ist für die mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten sehr optimistisch. Die erreichten Messwerte der Sozialentwicklung reichen in Europa von 1,77 (Schweden) bis 0,23 (Albanien). Aus der Karte und den ihr zu Grunde liegenden statistischen Berechnungen geht eindeutig hervor, dass Spanien und Griechenland gemeinsam mit Frankreich, Österreich und Großbritannien schon eine Liga bilden, und dass Irland, Portugal und Italien in der EU-15 das Schlusslicht bilden. Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn sind auf diesem Niveau, während Slowenien und die baltischen Kandidatenstaaten sowie Bulgarien und Rumänien weiter abgeschlagen sind.



Hauptkomponenten für die Messskala

Daten zur weiblichen und männlichen Lebenserwartung, Humanentwicklung, Alphabetisierung, Geburtenkontrolle, Kalorienkonsum, Impfprogramme, Gesundheitsausgaben, Ärztedichte, Frauendiskriminierung, Erziehungssystem, Teen-Age-Schwangerschaften, Lebensmittel-Import-Abhängigkeit, Einkommenskonzentration, TBC, HIV, Kinder mit geringem Geburtsgewicht, Müttersterblichkeit, Tod mit Alter 60. Die Messskala schließt das Prokopfeinkommen aus.

Zur Notwendigkeit einer baldigen Erweiterung

Das Auseinanderdriften von Kaukraft und internationalem Wert der Währung ist ein ernstes Problem, das an der Wurzel der Migrationsfrage liegt. Sind die Währungen der Nachbarstaaten reicher Länder stabil und hoch, ergibt sich kein Druck zur Migration. Driften die Währungen der armen Nachbarstaaten ab, zahlt es sich aus, in den entwickelteren Nachbarländern zu arbeiten. Schon Otto **Bauer** in seiner Arbeit zum **Nationalitätenkonflikt** konnte bereits zeigen, dass der **ungleiche Austausch** zwischen den **Zentren** und **Peripherien** ein explosives Problem ist. Samir **Amin** und Kunibert **Raffer**, die sich in unseren Tagen mit diesem Problem befasst haben, verstehen unter ungleichem Austausch eine Situation, in der die produktivitätsgewichteten Preise der Exportgüter langsamer wachsen als die Importpreise. Rohstoffabhängige oder agrarlastige Gesellschaften sind von diesem Phänomen betroffen.

Die **Arbeitskraft im exportorientierten Sektor der Peripherie arbeitet immer härter, während die Preise der Produkte ihrer Arbeit zumindest weit weniger stark wachsen als die aus den Zentren importierten Waren**. Der Pole Michal **Kalecki** bereicherte das Denken über diesen Prozess bereits in den 30-er Jahren des 20. Jahrhunderts, indem er darauf hinwies, dass in einer monopolistischen Weltwirtschaft ein starker Druck im Zentrum auf den relativen Anteil der Löhne am Volkseinkommen entsteht. Um bei steigendem Monopolisierungsgrad dies auszugleichen, und im Zentrum den Lohnanteil zu halten, geht das System auf globaler Ebene dazu über, den **Rohstoffsektor** stärker zu belasten. Diese Last der Ungleichheit verlagert sich. Raul **Prebisch** hat dann gezeigt, dass die **Weltwirtschaft nach 1945** genau einem solchen Bild entspricht. Die Rezession der 90-er Jahre mit ihren niedrigen Rohstoffpreisen war, so zahlreiche Interpreten, eine typische '**Prebisch-Krise**', die darin wurzelt, dass die **Früchte des technische Fortschritts** auf der Welt ungleichmäßig verteilt werden. Für die BK-Staaten in der MOEL-Region ist dieser Prozess aktuell, indem er die **exportabhängigen Sektoren in den traditionellen Bereichen gegen die Kräfte der Globalisierung mobilisiert** und - möglicherweise - sogar die **Unterstützung für die Integration in die EU abbröckeln lässt**.

Im Sinne einiger heterodoxer Ökonomen reflektiert der **Druck auf die Wechselkurse weiterhin die Machtverhältnisse in der Weltökonomie**. Ein solches Argument in den wirtschaftstheoretischen Traditionen von Prebisch und Kalecki könnte lauten: die Profiteinkommensbezieher in den MS (EU-15-Mitgliedsstaaten) beziehen aus diesen Verhältnissen disproportionale Gewinne; zu Lasten der Arbeit in den Exportsektoren der MOEL-BK und zu Lasten der Arbeitskraft in den EU-15 MS, die von einer künstlich verbilligten Arbeit in den MOEL-BK tatsächlich bedroht ist - durch Migrationsdruck, und durch Exporte, die nicht nach einem Wechselkurs bemessen werden, der der Kaufkraft in den MOEL-BK entspricht, sondern dem Wechselkurs auf dem Weltmarkt, der weit unter diesem Kurs liegt. Den Ökonomen ist dieses Problem bekannt, sie nennen es 'ERDI' (*exchange rate deviation index*, bzw. der den ungleichen Austausch reflektierende reziproke Wert, $1/ERDI$). Während etwa der IMF und das WIIW (Hawlik) der Meinung sind, dass der laufende Wechselkurs der Währungen der MOEL-BK noch immer überbewertet sei, meint etwa Yotopoulos das Gegenteil. Insbesondere der IMF glaubt, dass harte, **strukturelle 'Anpassungspakete'** die Situation verbessern, während der Weltsystemansatz befürchtet, dass sich langfristig die Situation durch solche Pakete noch verschlimmert.

Die hier vertretene Meinung ist, dass eine baldige Mitgliedschaft der MOEL-Staaten in der EU und in der EMU sie vor diesen Verhältnissen, die langfristig destabilisieren, retten. Eine hoher ERDI-Index bedeutet, dass in dem Land die Exporte höher bewertet werden als in dem Land mit niedriger ERDI. Gernot Köhler schätzt, dass der ungleiche Austausch, berechnet nach einer Formel, die auf den Exporten eines Landes in die Hocheinkommensländer der Weltökonomie, dem ERDI-Index beruht, folgendes Gewicht in der heutigen Weltökonomie ausmacht:

Historischer Trend 1865 - 1995

	Ungleicher Austausch als		
	% des Welt-BIP	% des BIP der Peripherien	% des BIP der Zentren
1865	0.0 %	0.0 %	0.0 %
1965	0.9 %	- 1.8 %	+1.4 %
1995	6.6 %	-24.0 %	+8.0 %

Der Wertgewinn oder Wertverlust aus dem ungleichen Austausch war in Österreich vor Einführung des € etwa + 9 % des BIP pro Jahr, in den Niederlanden + 17 %, in Spanien + 6 %, dafür aber in den MOEL-BK-Staaten die folgenden Wertverluste pro Jahr in % des BIP:

BG	- 54 %
CZ	- 46 %
EE	- 16 %
H	- 16 %
LV	- 7 %
LT	- 22 %
PL	- 18 %
RO	- 29 %
SK	- 8 %
TK	- 10 %

Seine empirischen Berechnungen und theoretischen Modelle im Anschluss an Samir Amin, Luigi Pasinetti, Kunibert Raffer, P.A. Yotopoulos und andere Theorien des '*ungleichen Austauschs*' lassen erkennen, wie sehr der Weltmarkt mit seinem Wechselkursmechanismus die Peripherien und Semi-Peripherien immer wieder in den Strudel weltökonomischer Krisen hinabtauchte.

Die Differenz zwischen der Bewertung der peripheren Arbeit durch die Wechselkurse zu Weltmarktpreisen und zu Kaufkraftparitäten ist nur - so die Theorien des ungleichen Austauschs - durch die monopolistischen Strukturen des Weltmarktes erklärbar, sie bilde, so geht das Argument weiter, einen **ständigen Hebel zur internationalen Ungleichheit**, einen dauernden Werttransfer zugunsten des Zentrums, zu den Krisen in den Peripherien und Semiperipherien, sowie zu deren **chronisch defizitärer Leistungsbilanz**. Sie trage **zur gesellschaftlichen Spaltung sowohl in den reichen als in den peripheren Staaten bei**. Wenn der Trend sich ungehemmt fortsetzt, wird er mächtige Gegnerschaften des Erweiterungsprozesses auf den Plan rufen - die Arbeiter in den nicht-exportorientierten Branchen des Zentrums, und die Arbeit in den exportorientierten Branchen mit Wertverfall in der Peripherie. Studien über die Wirkungen des ungleichen Austauschs (hier $1/ERDI$)

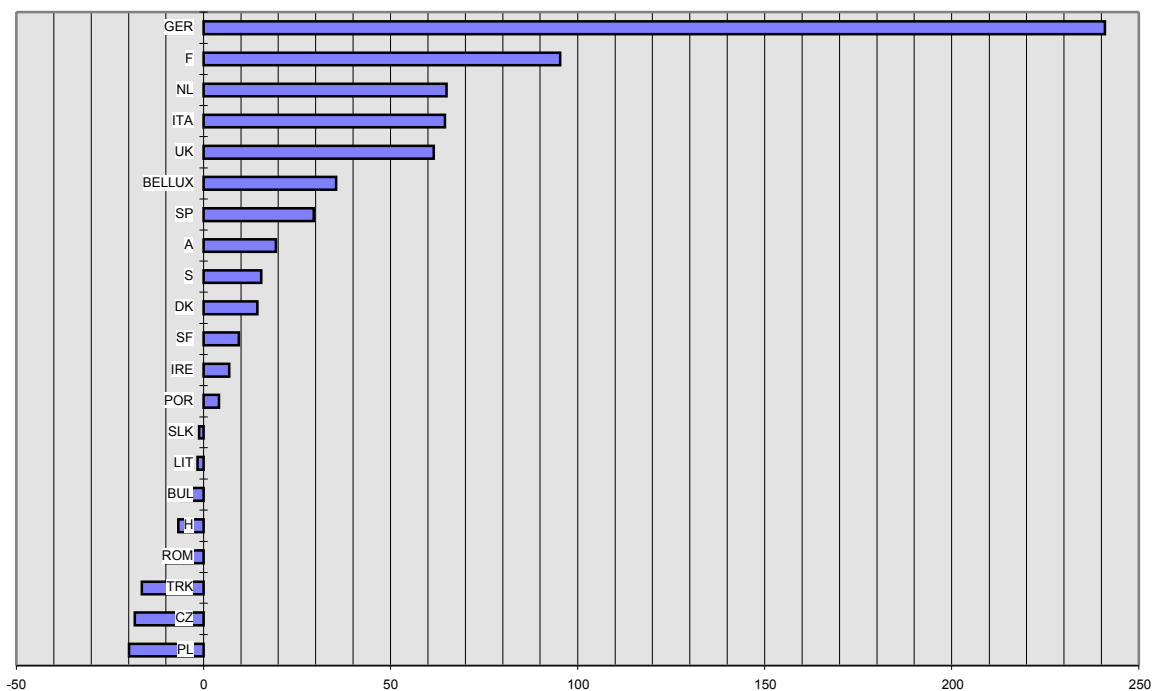
in 134 Staaten mit UNDP-Daten, incl. in den MOEL-BK-Staaten (Köhler/Tausch, 2002) haben bestätigt, dass der ungleiche Austausch

** das langfristige Wachstum blockiert*

und

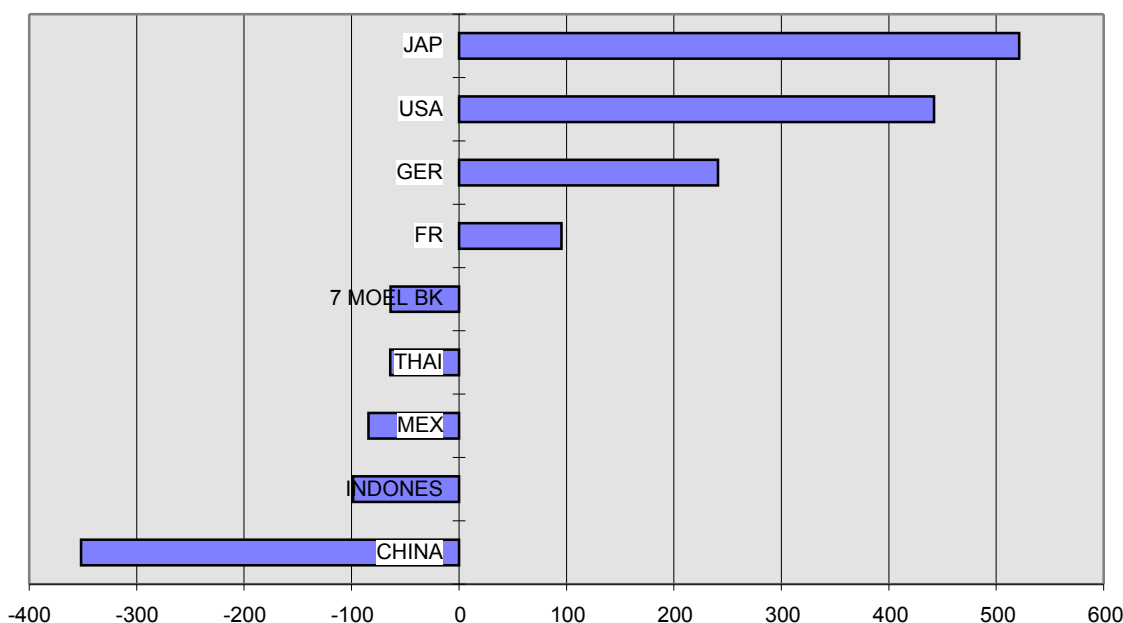
** die Kindersterblichkeit sowie die Inzidenz des Todes unter 60 Jahren - ceteris paribus - signifikant erhöht*

Tatsächlich zeigen die Vergleiche auch, dass 9 MOEL-Staaten (BG, KRO, PL, RO, SK, SLO, CZ, UKR, H) im Zeitraum 1992-1997 ein **kumuliertes Defizit in der Leistungsbilanz - vor allem mit den entwickelten Staaten Westeuropas - in der Höhe von 48,3 Milliarden \$ einführen**. Derartige Strukturen sind ein starkes Motiv für den Nationalismus und ein gewaltiger **Konfliktstoff für die künftigen innereuropäischen Beziehungen**, wie etwa folgende Aufstellung über die Gewinne und Verluste aus dem ungleichen Austausch im Jahr 1995 in Milliarden \$ durch Gernot Köhler zeigt:



Die monopolistischen Strukturen des Weltmarktes ziehen aus der Peripherie beträchtliche Gewinne:

Die 'großen 9' des ungleichen Austauschs



Konsequenzen des ungleichen Austauschs: Übergangsfristen im Migrationsbereich, aber baldige Mitgliedschaft der MOEL-BK beim €

Die Lösung für das Problem des ungleichen Austauschs könnte darin bestehen, den eine Dekade währenden Erfolgen der Fiskalpolitik der MOEL-BK Rechnung zu tragen, und ihren bisherigen monetaristischen Fleiß mit einer baldigen Mitgliedschaft³ in der EMU bei Vollbeitritt zu belohnen, wenn sie die fiskalpolitischen und Verschuldungsaufgaben der Maastricht-Kriterien erfüllen.

Die Bevölkerungen in den MOEL-BK haben für die fiskalische Stabilisierung enorme Opfer gebracht, und unter Bedingungen den Staatshaushalt saniert, die in reicheren Ländern der EU-15-MS einfach nicht vorhanden waren. Die schmerzlich erkaufte fiskalpolitischen Erfolge würden - wenigstens für einige Staaten - erlauben, zum derzeitigen Zeitpunkt seriös das Thema der EMU (Währungsunion)-Mitgliedschaft bei Vollbeitritt zu eröffnen. Aus Arbeitnehmersicht in den EU-15-MS kann diese Perspektive nur langfristige Vorteile bringen. Nicht mehr wegen des ungleichen Austausches abdriftende Währungen würden die Arbeitskraft in der Peripherie in Osteuropa entlohnen, sondern der relativ **stabile €**. Nicht mehr ein *'race to the bottom'* würde in Europa stattfinden, sondern es würde tatsächlich Stabilität und Wohlstand exportiert.

Ein weiteres gewichtiges Argument für die baldige Einführung der Währungsunion in den MOEL-BK ist der Hinweis auf die bisher zu **Schleuderpreisen** der Wechselkurse zu Weltmarktniveau stattfindende Privatisierung der Vermögenswerte in den MOEL-BK. Die Arbeit im Zentrum kann kein Interesse daran haben, dass das Vermögen der Peripherie billig privatisiert wird, um dann dort die Arbeitskraft wiederum nach langfristig abdriftenden Weltmarktkursen zu entlohnen.

Die Handlungsalternative einer baldigen Ausweitung der EMU auf die MOEL-BK käme den MOEL-BK und deren Stabilisierung, aber auch der Arbeiterschaft in den alten Zentren der EU weit entgegen. Die gleichen Argumente, die bereits verwendet wurden, um die EMU-Mitgliedschaft Spaniens und Portugals (erfolgreich) zu rechtfertigen, können hier verwendet werden. Wenn wir von der Diagnose ausgehen, dass bei einem Keynes/Prebisch-Equilibrium der Unterbeschäftigung und des Preisverfalls der Rohstoffe eine Antwort auf die derzeitige Phase der weltwirtschaftlichen Entwicklung in der Peripherie und Semi-Peripherie gefunden werden muss, und deshalb die Währungsunion möglichst bald auf die MOEL-BK ausgedehnt werden müsste, ist die baldige

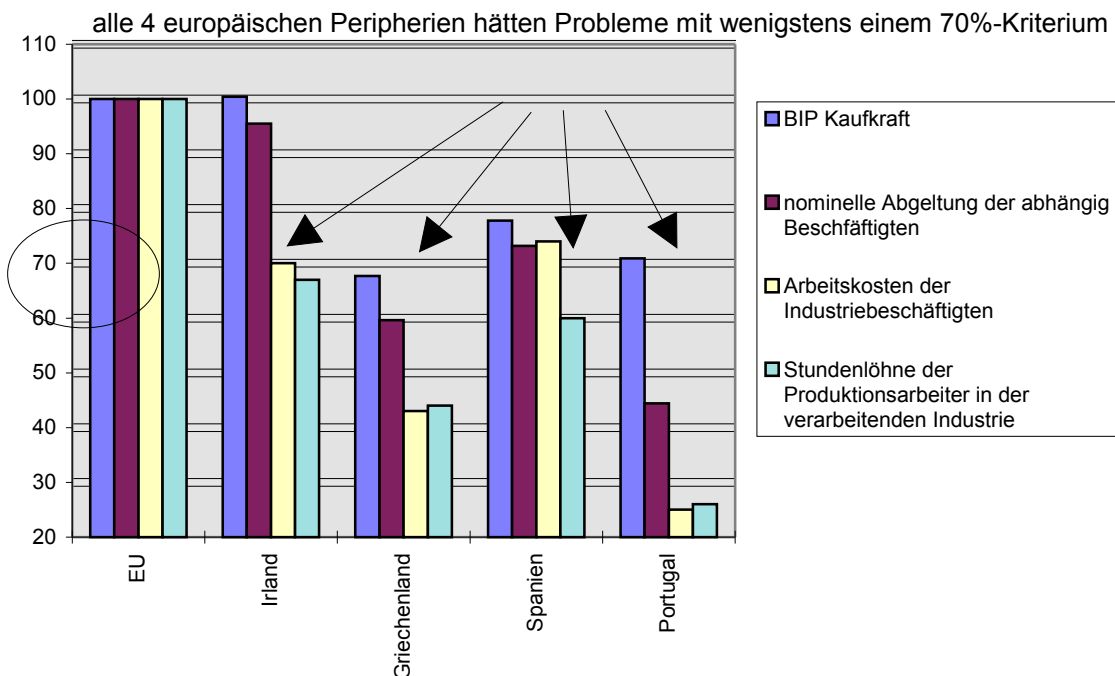
³ Wie war das doch mit der Kriterien-Erfüllung durch Belgien bei Beitritt zur Währungsunion? Auch die Fälle Italien ... liegen auf der Hand. Letztlich ist der Beitritt nicht allein abhängig von den Maastricht-Kriterien, sondern von der politischen Konstellation im Rat der EU. Einen Einblick in das Gerangel um die Kriterienerfüllung liefert nota bene die damalige Regierungserklärung von MP Edmund Stoiber: <http://www.bayern.de/Presse-Info/Regierungserklaerungen/1998-04-01/>

Anwendung der völkerrechtlichen Verträge über die Europäische Währungsunion zugunsten der MOEL-BK die Lösung auf das die Pendler- und Migrationsneigung zutiefst beeinflussende Auseinanderdriften der laufenden Wechselkurse in den MOEL-BK von den Kaufkraftparitäten, und, damit auf das Problem des ungleichen Austausches. Vorhandene makroökonomischen Daten zeigen, dass einige MOEL-BK bereits heute gute budgetpolitische 'Maastricht'-Kriterien aufweisen, während bekanntlich derzeitige EMU-Mitglieder nicht immer die weitere Budgetpolitik problemlos bewältigen.

Der Diskurs über die Löhne der MOEL-BK zu Wechselkursen beinhaltet eine Wirklichkeit - die weiter bestehenden, hohen Unterschiede, mit denen der Weltmarkt die Arbeit in der Peripherie und im Zentrum entlohnt. Er muss aber durch die Tatsache ergänzt werden, dass von der Qualifikation der Arbeitskraft her **in den MOEL-BK optimale Bedingungen bestehen.**

Die Synopsis der bestehenden Datenserien über die Lohnunterschiede in EU-15 Europa lautet:

	BIP Kaufkraft	nominelle Abgeltung der abhängig Beschäftigten	Arbeitskosten der Industriebeschäftigten	Stundenlöhne der Produktionsarbeiter in der verarbeitenden Industrie
EU	100	100	100	100
Irland	100,4	95,5	70	67
Griechenland	67,7	59,6	43	44
Spanien	77,8	73,2	74	60
P	70,9	44,4	25	26



Quelle: eigene Berechnungen aus den oben angeführten Originaltabellen und Internet-Dateien

Selbst Irland, Italien, Spanien, Griechenland und Portugal haben allesamt mindestens eines der hier operationalisierten '70 % bis 80 %-Kriterien' (etwa: Prokopfeinkommen oder Löhne im Bereich der verarbeitenden Industrie) gegenüber Österreich nicht erfüllt. Darüber hinaus gibt es in der Weltökonomie offensichtlich - wie bereits Gernot Köhler und Giovanni Arrighi vermuteten - keinen Aufholprozess, sondern ein Auf und Ab der Peripherien entlang einer bestimmten Bandbreite des Aufholens und Zurückfallens.

Rassismus und die Ablehnung des Erweiterungsprozesses sind Teil der Strukturen des ungleichen Austausches

Rassismus - hier einzig definiert im Sinne der einschlägigen Umfragen von *Eurobarometer* - und Erweiterungsablehnung sind leider, soziologisch gesehen, zwei Seiten von ein und der gleichen Medaille. Das Antlitz des Rassismus in Europa ist bekannt. Die *Eurobarometer*-Umfragen legen ihn immer wieder zu Tage und dokumentieren ihn mit Akribie. Die Daten zur Ablehnung der Erweiterung sind ebenso bekannt, und lauten im Vergleich:

	Rassismus in %	Erweiterungsablehnung in %
F	48	35
DK	43	31
D	34	31
LUX	14	31
Ö	42	30
IRL	24	22
B	55	19
P	17	19
GB	32	19
NL	31	18
S	18	18
FIN	35	17
I	30	13
SP	20	12
GR	27	8

Analytisch interessant ist, **warum einige Gesellschaften in Europa rassistischer sind als die anderen**, und warum sie - den Rassismus *ceteris paribus* - zur **Erweiterungsphobie** neigen. Wäre der Rassismus nur Teil der Strukturen der ab 1939 in Europa bestehenden Unordnung der Gewalt (wie liberale Kritiker des österreichischen politischen Systems immer wieder nahe legen - der Rassismus in Europa wäre dann eine Folge der NS-Ideologie), hätten Staaten wie Dänemark nichts am oberen Ende der Skala verloren. Zunächst kommt man bei bi-variater Analyse dieser Phänomene zu dem Ergebnis, dass heute Europas **reichere Staaten** weit mehr zum Rassismus tendieren als die armen Staaten des Kontinents. Der gesellschaftliche Reichtum - gemessen mit dem Humanentwicklungsindex einer Gesellschaft - erklärt über 30 % des Rassismus in Europa.

Wie sehr die baldige Erweiterung der Währungsunion bei Vollbeitritt der MOEL-BK eine vordringliche Aufgabe wäre, zeigen nun die - verblüffenden - Ergebnisse über die Beziehungen von Gernot Köhlers Variablen zu den Phänomenen **Rassismus** und **Erweiterungsphobie**. In den **Gewinnernationen des ungleichen Austauschs** sind die rassistischen Vorurteile **weit mehr verbreitet als in den vor der Währungsunion vom ungleichen Austausch (1/ERDI) selbst betroffenen Staaten der EU**. Dieser Zusammenhang erklärt immerhin **20 % der rassistischen Vorurteile in Europa**.

Gernot Köhlers Skala (Gewinn oder Verlust vom ungleichen Austausch als % des BSP) ist dazu geeignet, die **Ablehnung des Erweiterungsprozesses in Europa** zu erklären. Auch hier beträgt die statistische Erklärungskraft 20 %.

In der **multivariaten Analyse** - Köhlers Daten reflektieren das Europa vor der Einführung des €- zeigt sich, dass - unter Konstanthaltung des erreichten Entwicklungsniveaus - **Köhlers Skala des ungleichen Austauschs weiterhin eine robuste Erklärung des Rassismus in Europa liefert**. Das sich herauskristallisierende System in Europa neigt - unter den Privilegien des ungleichen Austausches - dazu, zu einer Art **Kastensystem** zu verkommen, das, getreu der klassischen neoliberalen Analyse Mancur Olsons, nichts anderes darstellt als die perfekte Verteilungskonkurrenz (i.e. Koalition jener, die durch politischen Druck das Erreichen, was sie auf einem Markt mit wirklich freier Konkurrenz 'normalerweise' nicht erreichen können). Die Vorurteile werden aufrecht erhalten, damit - wie im

Kastensystem - die ungerechten Privilegien aus dem ungleichen Austausch aufrecht erhalten werden können.

Die Wirklichkeit ist – Österreich war Nutznießer des ungleichen Austausches in Europa.

Land	Ungleicher Austausch in % des BIP	
	1965	1995
Australien	+1%	+6%
Österreich	+1%	+9%
Belgien-Lux	+4%	+14%
Kanada	+1%	+5%
Dänemark	+2%	+9%
Finnland	+4%	+9%
Frankreich	+2%	+7%
BRD	+2%	+11%
Island	+8%	+6%
Irland	+2%	+13%
Italien	+1%	+6%
Japan	+1%	+11%
NL	+2%	+17%
Neuseeland	+1%	+6%
Norwegen	+3%	+7%
Portugal		+4%
Spanien		+6%
Schweden	+3%	+7%
CH	+1%	+7%
UK	+3%	+6%
USA	+1%	+6%
OECD	+1.38%	+8%

Hinzu kommt, dass Österreich – bei genauerer Betrachtung – selbst auch Nettonutznießerstaat des internationalen Systems der Migration ist, wie folgende Analyse der österreichischen Zahlungsbilanz zeigt:

	Erwerbseink Credit	Erwerbseink Debet	Netto	Gastarbeiter transfers Credit	Gastarbeiter transfers Debet	Netto	Gesamtbilanz Migrations-einkommen
1992	8938	2256	6682	2461	3319	-858	5824
1993	8949	3359	5590	2654	3916	-1262	4328
1994	9610	3324	6286	2598	4205	-1607	4679
1995	10198	3488	6710	2737	4655	-1918	4792
1996	10425	3675	6750	3112	4841	-1729	5021
1997	11165	4187	6978	3173	4785	-1612	5366
1998	11572	4614	6958	4040	4541	-501	6457
1999	11488	4744	6744	4204	4342	-138	6606

Quelle: übernommen aus Zahlenreihe, zur Verfügung gestellt von der ÖNB (Dr. René Dell'mour), Abteilung für Zahlungsbilanzangelegenheiten. Die Erwerbseinkommen umfassen z.B. die Pendler; bei den Gastarbeitern sind die Personen mit festem Wohnsitz erfasst

Österreich ist also selbst Nutznießer der Arbeitsmöglichkeiten für seine Bürger im benachbarten Ausland (über 400.000 Menschen!), und die Anwendung von strikten Lohnniveau-Kriterien in der gesamten EU würde unsere eigenen Gastarbeiter von den für sie einträglichen Arbeitsmöglichkeiten in München, Stuttgart etc. ausschließen:

Die Lösung für das Zentrum-Peripherie-Problem in Europa ist also, bei der **Osterweiterung der europäischen Währungsunion** eine hochrangige Bedeutung zu geben.

Bei gegebenem Rassismus bewirkt der **ungleiche Austausch** signifikant das 'Umschlagen' der schon gegebenen, **negativen Attitüden in eine Erweiterungsphobie, während die Verlierer des ungleichen**

Austauschs sich mit den MOEL-BK solidarisieren. Länder mit einem hohen Humanentwicklungsindex haben - in der multivariaten Analyse - übrigens nicht wegen ihres hohen Entwicklungsniveaus, das sie verlieren könnten, sondern wegen ihrer Privilegien aus dem ungleichen Austausch Angst vor der Erweiterung.

Die Positionsbestimmung, die über bislang vorgebrachte Argumente hinausgeht, sieht sich folgenden weiteren Argumenten gegenüber:

(i) österreichische Ängste über die Kosten der Erweiterung scheinen unbegründet zu sein. Kohler/Keuschnigg gehen davon aus, dass die Erweiterung den 15 EU-Staaten 0,113 % des BIP p.a. kosten wird. Im Gegenzug wird sich die Erweiterung positiv auf das Wachstum auswirken. Für Österreich ergibt selbst die kleine Erweiterung um CZ, EE, PL, H und SLO einen Netto-Gewinn von 0,5 % des derzeitigen BSP

(ii) Österreich selbst muss ernsthafte Versuche unternehmen, das Budget zu konsolidieren, das Loch in der Handelsbilanz zu verbessern, und das *Targeting* der Sozialleistungen beginnen. Nur 37 % der Sozialleistungen kommen dem untersten 1/5 der Bevölkerung zugute. Der EU-Schnitt liegt hier bei 51 %. *'Bei uns kriegen alle viel. Österreich verteilt von der Mitte zur Mitte'* (E. Walterskirchen, WIFO). Selbst bei den reichsten 20 % erhalten 43 % dieser Österreicher lt. *Eurostat* noch immer Sozialleistungen

(iii) Österreich verliert in Osteuropa Marktanteile, und könnte sie durch das negative Image eines 'Mauerns' bei der Erweiterung weiter verlieren

(iv) zahlreiche derzeitige, negative Aspekte der EU-Integration Österreichs gehen auf strukturelle Aspekte der Agrarpolitik zurück. Trotzdem muss hier angemerkt werden, dass der Nettobeitrag Österreichs in die EU von 0.45 % des BSP auf 0.31 % des BSP sinken wird. Österreich könnte - bei 'Mauern' sehr bald auf internationaler Ebene daran erinnert werden, dass es durch seine eigene Politik, und nicht durch 'Mauern' seine sozialen Standards halten muss.

Eine gelungene Integration des europäischen Ostens würde also voraussetzen, das bisher bestehende Gefälle des ungleichen Austausches in Europa abzubauen.

Weiterführende Literatur

- Tausch A. (1997): *'Schwierige Heimkehr. Sozialpolitik, Migration, Transformation und die Osterweiterung der EU'*. München, Eberhard-Verlag
- Tausch A. (2002a, mit Gernot Köhler) *Global Keynesianism: Unequal exchange and global exploitation*. Huntington NY, Nova Science. ISBN 1-59033-002-1.
- Tausch A. (2002b mit Peter Herrmann) *Globalization and European Integration*. Huntington NY, Nova Science. ISBN: 1-560729295.
- Tausch A. (2002c) 'The European Union and the World System'. In: 'The European Union in the World System Perspective' (The Polish Institute for International Affairs, Ryszard Stemplowski (Ed.)), Warsaw: Collections PISM (Polish Institute for International Affairs): 45 - 93
- Williamson J (1998), *'Real Wages and Relative Factor Prices in the Third World 1820 - 1940: The Mediterranean Basin'*. Discussion Paper 1842, Harvard Institute of Economic Research
- Williamson J. (1996), 'Globalization, Convergence and History' *The Journal of Economic History*, 56, 2: 277 - 306.
- Williamson J. (1997) 'Globalization and Inequalities, Past and Present' *The World Bank Research Observer*, 12, 2, August: 117-135.
- Yotopoulos P.A. (1996) *'Exchange Rate Parity for Trade and Development. Theory, tests and case studies'* Cambridge: at the University Press

(*) Autor

Universitätsdozent der Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck.